

# Pressemitteilung

**Deutscher  
Gewerkschaftsbund  
Bezirk  
Berlin-Brandenburg**

## **Abteilung Presse**

### **DGB gegen Kürzungen bei Brandenburgs Beamten**

PM 06/10  
09.02.10

Zeitgleich zu den Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes steckt der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) am Mittwoch in Potsdam seine beamtenpolitische Strategie für Brandenburg ab. In einem Treffen mit den Spitzen der Gewerkschaften der Polizei (GdP), Erziehung und Wissenschaft (GEW), Bauen Agrar Umwelt (IG BAU) und der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di geht es um die Dienstrechtsreform. „Wir lassen uns von der Landesregierung nicht gegeneinander ausspielen“, bekräftigte Doro Zinke, Bezirksvorsitzende des DGB und Spitzenvertreterin der Beamtinnen und Beamten.

E-Mail:  
dieter.pienkny@dgb.de

Internet:  
www.berlin-brandenburg.dgb.de  
beamte.berlin-brandenburg.dgb.de

„Bei der Pension mit 67 müssen wir nicht viel diskutieren“, kündigte Zinke an, „die lehnen wir ab!“ Obwohl auf Bundesebene die Überprüfung der Rente mit 67 noch anstehe, habe sich die Regierungskoalition bei den Beamtinnen und Beamten bereits auf die Erhöhung der Altersgrenzen festgelegt. „Die Pension mit 67 ist so falsch wie die Rente mit 67“, so Zinke. Viele Beamtinnen und Beamte müssten wegen gesundheitlicher Probleme vorzeitig in den Ruhestand. Schon dadurch hätten sie deutliche Abschläge beim Ruhegehalt. Die Anhebung der Altersgrenze bedeute weitere Abstriche. „Die Pension mit 67 ist ein verschärftes Kürzungsprogramm für Beamtinnen und Beamte“, so die DGB-Chefin. Der Koalitionsvertrag sehe die Erhöhung der Altersgrenze bis 2019 vor, während bei der Rente die Übergangszeit bis 2029 reiche.

Im Hinblick auf die Tarifverhandlungen erteilte Zinke Neiddebatten zwischen Angestellten und Beamten eine klare Absage: „Wir streiten weiter dafür, das Personalrecht zu vereinheitlichen.“ Den Beamtinnen und Beamten im DGB gehe es nicht um angebliche Privilegien. „Es geht darum, gute Arbeitsbedingungen für alle zu erringen. Unsere Beamtinnen und Beamten solidarisieren sich mit den Tarifbeschäftigten und ihren Forderungen“, so Zinke.

Die DGB-Vorsitzende ist empört, dass Polizistinnen und Polizisten mit mehr als 20-jährigem Wechselschichtdienst zwei Jahre später in den Ruhestand gehen sollen, mit 62 Jahren. „Wir sprechen hier nicht über den imaginären Beamten aus den Witzbüchern, sondern über die Menschen, die unter extremer Arbeitsbelastung unser Leben sicher machen“, so Zinke. „Die Erhöhung der Altersgrenzen ist eine Missachtung ihrer Lebensleistung.“ Die Pläne der Regierung träfen auch jene Lehrerinnen und Lehrer im Land hart, die zehn Jahre vor ihren West-Kollegen in den Beruf gestartet seien.



Für Rückfragen:  
Alexander Haas  
alexander.haas@dgb.de  
Mobil: 0151 - 182 414 20

Keithstr. 1 - 3  
10787 Berlin

Telefon 030 - 212 40-111  
Telefax 030 - 212 40-114